

KUNTERBUND

Gärtchendenken ist Politikern fremd. Der Tessiner Regierungsrat Norman Gobbi tut so, als wäre er Chef des Grenzwachtkorps. Bundesrat Ueli Maurer äussert sich vor SVP-Delegierten zum deutschen Dispositiv an der Schweizer Grenze. Fehlt nur noch, dass der Berner Stadtpräsident Alexander Tschäppät erklärt, warum die Stimmung am Stadtfest in St. Gallen besser war als an jenem in seiner Heimatstadt. (tga)

Die Juso der Stadt Bern sah sich diese Woche veranlasst, die Bürgergemeinde Bern «massiv zu kritisieren». Der Hintergrund: Die Bürgergemeinde hatte vier Menschen, die im Bremgartenwald in einem Zeltlager lebten, wegen unzulässiger Nutzung angezeigt. Mit der Überwindung des Kapitalismus scheint es gut voranzugehen, wenn die Juso Zeit für solche Nebenschauplätze hat. (dow)

Unsere sieben Bundesräte besuchen kommenden Mittwoch den Kanton Glarus und wollen sich dabei auch mit der Bevölkerung austauschen. Dieser hautnahe Kontakt mit der Landesregierung ist den Glarner zu gönnen, hat der Kanton doch seit über 100 Jahren keinen eigenen Bundesrat mehr gestellt. (mbu)

Neue Regeln für Lobbyisten

BERN. Die Staatspolitische Kommission des Ständerates hat laut Mitteilung von gestern eine weitere parlamentarische Initiative zum Thema Lobbying im Bundeshaus gutgeheissen. Es handelt sich um einen Vorstoss des früheren Nationalrats und heutigen Ständerats Andrea Caroni (FDP/AR). Er verlangt, dass Lobbyisten mit Zutrittskarte zum Bundeshaus im öffentlichen Register nicht nur das Public-Affairs-Unternehmen angeben müssen, für das sie tätig sind, sondern auch die Mandate, für welche sie im Bundeshaus aktiv sind. Über Lobbying wurde im Parlament immer wieder diskutiert. Bisher hatte sich aber keine Mehrheit für eine neue Regelung gefunden. (sda)

TAGBLATT

Leitung Regionalmedien: Jürg Weber
Publizistische Leitung: Pascal Hollenstein (pho.)
Chefredaktion: Stefan Schmid (ssm, Chefredaktor), Silvan Lüchinger (lū, Stv. - Leitung Ostschweiz am Sonntag), Jürg Ackermann (ja, Stv. - Leitung überregionale Ressorts), Sarah Gerteis (sg, Stv. - Leitung Online-Redaktion), Andri Rostetter (ar, Stv. - Leitung Ostschweiz und Regionen)
Erweiterte Chefredaktion: David Angst (da, Chefredaktor Thurgauer Zeitung), Andreas Bauer (bau, Dienstchef), Bruno Scheible (bs, Blattmacher), Daniel Wirth (dw, Leitung St. Gallen/Gossau)
Verlag: St. Galler Tagblatt AG, Fürstenlandstrasse 122, Postfach 2362, 9001 St. Gallen. Telefon 071 272 78 88
Leitung Marketing und Lesermarkt: Christine Bolt (Stv. Leitung St. Galler Tagblatt AG)
Leitung Werbemarkt: Stefan Bai
Verbreitete Auflage: WEMF 2015 122 745 Ex.
Inserate: NZZ Media Solutions AG, Fürstenlandstrasse 122, Postfach, 9001 St. Gallen. Telefon 071 272 77 77, Fax 071 272 73 17, E-Mail: inserate@tagblatt.ch
Druck: Tagblatt Print, NZZ Media Services AG, Im Feld 6, 9015 St. Gallen

Keine Lust auf Transparenz

Seit Jahren versucht die Staatengruppe gegen Korruption des Europarats, die Schweiz zu mehr Transparenz bei der Parteienfinanzierung zu bringen – ergebnislos. Nun setzt die Gruppe ihre Hoffnung auf eine Volksinitiative.

RICHARD CLAVADETSCHER

Gibt es dazu eine Umfrage, sind immer alle dafür – oder wenigstens fast alle: Mehr Transparenz bei der Parteienfinanzierung findet zuverlässig eine Mehrheit der Befragten gut. Im Februar dieses Jahres waren es gar rund drei Viertel.

Doch gesetzgeberisch geschehen ist hier in den vergangenen Jahren wenig – so wenig, dass sich die Groupe d'Etat contre la corruption des Europarates (Greco) seit geraumer Zeit bemüssigt fühlt, die Schweiz zu kritisieren und Druck aufzusetzen. So auch wieder in ihrem soeben veröffentlichten «Dritten Zwischenbericht über die Konformität der Schweiz».

Greco hat sich zur Aufgabe gemacht, die Korruption in den Mitgliedstaaten des Europarates zu bekämpfen. Ihr gehören sämtliche Mitglieder des Rates an. Die Schweiz ist ihr 2006 beigetreten.

Lob und Tadel

Im Zwischenbericht nun erhält die Schweiz Lob dafür, dass sie – wie von Greco vor einiger Zeit empfohlen – die Tatbestände der Vorteilsgewährung und der Vorteilsannahme im Strafgesetzbuch schärfer formuliert hat und Privatbestechung nicht mehr lediglich Antragsdelikt ist. Geht es jedoch um Transparenz in der Parteienfinanzierung, denen der zweite Teil des Zwischenberichts gewidmet ist, hat das Loben ein Ende, und dies mit gutem Grund: Von den sechs Empfehlungen, die Greco der Schweiz hier vor Zeiten mitgab, ist heute keine einzige umgesetzt. Im Klartext: Die Parteienfinanzierung ist keinen Deut transparenter geworden.

Tatsächlich ist die Schweiz inzwischen das einzige Land in Europa, das für die Parteienfinanzierung keine gesetzlichen Regeln kennt, und das wird mindestens noch eine gute Weile so bleiben.

Weil dies aber den Grundsätzen der Greco widerspricht, hat das Gremium nach drei erfolglosen sogenannten Evaluationsrunden schärferes Geschütz aufgeföhren und vor einiger Zeit ein «Nonkonformitätsverfahren» gegen die Schweiz eingeleitet. Dies bedeutet, dass die Schweiz seither alle 6 statt alle 18 Monate einen Statusbericht nach Strass-



Abstimmungswerbung im öffentlichen Raum: Der Europarat fordert von der Schweiz mehr Transparenz bei der Finanzierung.

burg senden musste. Und weil auch dies nichts brachte, bekamen Aussenminister Didier Burkhalter und Justizministerin Simonetta Sommaruga unter anderem zwischenzeitlich schon mal persönlichen Greco-Besuch, um das Versäumnis anzumachen. Auch dies fruchtete nichts. Kein Wunder also, dass sich im eben veröffentlichten Greco-Dokument zwischen den Zeilen eine gewisse Frustration herauslesen lässt.

Unterschiedliches Echo

Die Position des Bundesrates ist hier immer dieselbe: Im politischen System der Schweiz würde Transparenz die Spender und Sponsoren abschrecken, was dazu führen würde, dass es am Ende zu einer staatlichen Parteienfinanzierung käme, die niemand wolle. Überhaupt sei das Thema hier von mässigem Interesse. Das zeige sich schon dadurch, dass verschiedene solche Vorstösse im Parlament jeweils

gescheitert seien und eine Initiative «Für die Offenlegung der Politikereinkünfte» gar nicht erst zustande gekommen sei.

Weiter weist der Bundesrat Greco darauf hin, dass er ihre Empfehlungen an die Kantone weitergeleitet habe, wo sie auf ein unterschiedliches Echo sties. Neben den Kantonen Tessin und Genf, die bereits entsprechende Bestimmungen kennen würden, habe sich darauf gerade einmal das Neuenburger Kantonsparlament äusserst knapp für ein Parteienfinanzierungsgesetz ausgesprochen. Das Waadtländer Parlament hingegen habe die Idee wieder verworfen. Begründung: Bei fast 200 Abstimmungen und Wahlen auf allen drei Staatsebenen müsste der Kanton Hunderte von Kampagnenrechnungen prüfen.

Trotz dieser Erläuterungen hält Greco weiter an ihren Empfehlungen fest. Sie ist der Ansicht, «dass die Eigenheiten der Schweizer Demokratie, deren

Stärken anerkannt sind, die Schweiz nicht daran hindern, ein System der Transparenz der Parteienfinanzierung zu schaffen». – Und sie setzt in ihrem jüngsten Bericht auf das Prinzip Hoffnung: «Da zurzeit keine politischen Mehrheiten für eine Gesetzgebung auf diesem Gebiet gefunden werden können, hofft die Greco sehr, dass die lebhaftere öffentliche Diskussion über dieses Thema zur Entwicklung der Lage und zum Ende der Schweizer Ausnahme im Bereich der Transparenz der Parteienfinanzierung beiträgt.»

Hilft eine Initiative weiter?

Wenn wir gerade beim Prinzip Hoffnung sind: Nicht verborgen geblieben ist Greco, dass ein Bündnis für mehr Transparenz in der Politikfinanzierung im April eine Volksinitiative für Transparenz lanciert hat, nachdem sie bei der SP jahrelang in der Pipeline war. Die Initiative will unter anderem, dass Par-

teien ihre Rechnung veröffentlichten und die Herkunft aller Spenden über 10 000 Franken ausweisen. Träger sind neben der SP, den Grünen und verschiedenen linken Gruppierungen auch die EVP und die BDP sowie die Jugendsession. Co-Präsidentin des Trägervereins und Nationalrätin Nadine Masshardt (SP/BE) sieht das Begehren auf gutem Kurs und ist überzeugt, dass die Initiative in breiten Bevölkerungskreisen auf Sympathie stossen wird.

Sollte diese Initiative indes nicht die Gnade der Schweizer Stimmbürger finden und sich auch sonst nichts tun in Richtung Transparenz, bliebe Greco nur noch, was sie bisher noch nie getan hat: Sie könnte das zurzeit laufende Verfahren abrechnen und die Schweiz öffentlich verurteilen. Das wäre dann zwar ein «Tolggem» im Reinheit der Musterschweiz – aber weitere Konsequenzen hätte es nicht.

Heikle Exporte im Visier

Die strengeren Regeln für Exporte von Überwachungstechnik laufen in den nächsten Jahren aus. Der Fraktionschef der Grünen will die Verschärfung im Gesetz verankern.

TOBIAS GAFAFER

BERN. Vor dem Putschversuch in der Türkei im Juli stoppte der Bund einen Export von Überwachungstechnik. Die Ausfuhrkontrolle in der Schweiz befürchtete, dass Ankara die Geräte für die Repression der Bevölkerung missbraucht. Möglich machte dies eine Verordnung von 2015, mit welcher der Bundesrat die Regeln für Exporte von Überwachungstechnik befristet verschärfte. Seither kann Bern Bewilligungen in heiklen Fällen verweigern.

Doch die Verordnung läuft 2019 aus, der Spielraum für die Behörden könnte wieder begrenzt werden. Da der Gesetzgebungsprozess in der Schweiz langwierig ist, müsste der Bund

die nötigen Arbeiten bald aufgleisen. Damit könnte er auch weitere aktuelle Fragen wie den Import und die Nutzung von Überwachungstechnik in der Schweiz angehen.

Erwartungen erfüllt

Das federführende Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) gibt sich auf Anfrage zugeknöpft. Das Wirtschaftsdepartement werde den Bundesrat 2017 informieren, ob die verschärfte Exportbestimmungen weiter nötig sind und ins Gesetz überführt werden sollen, sagt Patrick Holzer, Ressortleiter Exportkontrollpolitik für zivil- und militärisch verwendbare Güter. Denkbar sei auch, dass der Bundesrat die Verordnung verlängert. Die Erwartungen in die verschärfen

Exportbestimmungen hätten sich erfüllt. Die Bundesbehörden machen davon nur zurückhaltend Gebrauch. Neben der Türkei lehnten sie bisher auch Exportgesuche für Vietnam und Bangladesh ab. Die neuen Regeln dürften aber auch präventiv wirken: So schloss die umstrittene deutsch-britische Firmengruppe Gamma 2015 ihr Büro bei Bern.

Umgehung verhindern

Für eine Gesetzesgrundlage spricht sich der grüne Fraktionschef Balthasar Glättli aus, der sich seit längerem vertieft mit dem Thema befasst. «Wir müssen aufpassen, dass die Schweiz nicht für Umgehungsgeschäfte missbraucht wird.» Die Schweiz solle gleich weit wie die EU

gehen. Brüssel plant zwar eine Überprüfung des Exportkontrollsystems.

Gemäss Beobachtern herrscht aber eine Pattsituation. Für eine Verschärfung der Regeln auf europäischer und internationaler Ebene will sich die deutsche Bundesregierung einsetzen, wie eine Sprecherin des Bundesamts für Wirtschaft sagt. Berlin hat im Juli 2015 Lücken bei der Exportkontrolle von Überwachungstechnik geschlossen. «Autoritäre Regime unterdrücken ihre Bevölkerung schon lange nicht nur mit Panzern, sondern zunehmend mit Überwachungstechnologien», sagte Vizekanzler Sigmar Gabriel (SPD). Mehrere Branchengrößen haben ihren Hauptsitz in Deutschland.

Schweizer Pass ist begehrt

NEUCHÂTEAU. Die Bevölkerung der Schweiz ist 2015 um 1,1 Prozent gewachsen. Das ist weniger als in den beiden Vorjahren. Einen eigentlichen Run gab es auf den Schweizer Pass. Die Zahl der Einbürgerungen stieg um fast ein Viertel. Insgesamt erhielten 40 700 Ausländer (+23,9 Prozent) die schweizerische Staatsbürgerschaft. Das zeigen die definitiven Zahlen zur Bevölkerungsentwicklung 2015, die das Bundesamt für Statistik (BFS) gestern veröffentlicht hat. Ende des Jahres 2015 wohnten 8,33 Millionen Menschen in der Schweiz, das sind 89 500 mehr als ein Jahr zuvor. Zug, Waadt und Genf legten am stärksten zu, nur Uri schrumpfte leicht. Die ausländische Bevölkerung überschritt erstmals die 2-Millionen-Grenze. Wichtigster Treiber für das Bevölkerungswachstum bleibt die Migration. (sda)